

Trendanalyse 09

TransferUnion: Dominostein Deutschland

Dominostein Deutschland

eine Ergänzung zum Papier

Europäische TransferUnion - Bedrohung europäischen Wohlstands



alle Rechte bei
Dr. Karl H. Pitz
www.MacroAnalyst.de

Frankfurt am Main, Dezember 2010

I. Deutschland - Meister völkerrechtlicher Zahlungen

Auf völkerrechtlicher Ebene wird vor allem Deutschland seit Jahrzehnten zum Zahlen herangezogen. Bei den Beitragszahlungen zur UN zeigt sich das z. B. deutlich: Drittgrößter Beitragszahler, aber beileibe nicht drittreichster Staat. Der Druck in Richtung dieser Zahlungen wird auch von inländischen Akteuren aufgebaut.

In besonderer Weise nutzt die Europäische Union diese Art von Lastenverteilung. Das geschieht auf verschiedenen Ebenen.

Eine davon sind beispielsweise die Nettozahlungen an die EU. Hier sind extreme Sonderbelastungen auszumachen (vgl. dazu Einzelstudie 22).

Die weit wichtigere Ebene aber befindet sich inmitten der Entwicklung: Die TransferUnion.

II. Von der EU zur TU

Auch bei der angelaufenen Umformung der EU in eine TransferUnion wird von Anfang an versucht, Deutschland in das Zentrum der Belastungen zu rücken. Zwei Argumente stehen dabei ganz im Vordergrund:

Argument-1: Deutschland ist die größte Volkswirtschaft in Europa

Keine Frage ist natürlich, dass Deutschland mit 2.400 Mrd. EUR Inlandsprodukt die größte Volkswirtschaft in der Europäischen Währungsunion ist. Das zeigt Tabelle 1 zur Gesamtproduktion an Waren und Dienstleistungen (BIP) der 16 Mitgliedsländer.

Tabelle 1: Deutschland - größte Volkswirtschaft in der Euro-Zone

	BIP in Mrd. €
Deutschland	2.397
Frankreich	1.907
Italien	1.521
Spanien	1.054
Niederlande	572
Belgien	339
Österreich	274
Griechenland	233
Finnland	171
Portugal	168
Irland	160
Slowakei	63
Luxemburg	38
Slowenien	35
Zypern	17
Malta	6

Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Marktpreisen
(Basis des Volkseinkommens)

Quelle: Eurostat

Es ist nun genau dieser Sachverhalt, der über die Jahre tief im Denken der Bevölkerung verankert worden ist. Dieser Zusammenhang braucht bei der Suche nach neuen Zahlungen nur noch angetippt zu werden, um Leistungsbereitschaft auszulösen. Wie auch beim Angriff auf die Eurozone.

Allen voran der Chef der EZB, Trichet: Nach seiner Darstellung solle Deutschland eine stärkere Rolle in der Schuldenkrise übernehmen. „Deutschland ist die größte Volkswirtschaft im Euro-Raum und ein Land mit der Tradition gesunder Staatsfinanzen“ (FAZ, 15. Mai 2010).

Das übernimmt der frühere Außenminister Joschka Fischer: „Wir sind als stärkste Wirtschaftsmacht Europas in der Verantwortung. Die EU kann ihre Probleme auf Dauer nicht lösen, wenn Deutschland sich versteckt“ (SPIEGEL-Interview; 22. Mai 2010).

So dann auch Altwater/Giegold/Mahnkopf/Scheer, die zur Lösung der Griechenlandkrise „Maßnahmen in besonderer deutscher Verantwortung“ gefordert haben, weil „Deutschland als das größte und leistungsstärkste EU-Mitgliedsland eine besondere Verantwortung trägt“. (Positionspapier „Griechenland ist überall“, Institut Solidarische Moderne).

Es ist so einfach, dass sich die Feder sträubt, es zu Papier zu bringen: Bei der Beurteilung der Zahlungskraft eines Landes kann doch nicht außer Acht gelassen werden, wie viele Menschen sich dieses Gesamtprodukt teilen müssen. Zwei Länder mit gleich hohem Gesamteinkommen: Land A hat eine Bevölkerung von 80 Millionen, Land B hingegen nur 40 Millionen. Welches ist reicher?

Bezieht man also die Größe der Bevölkerung in die Berechnung mit ein, so ergibt sich das Bruttoinlandsprodukt *pro Kopf*. Und erst das wäre dann hinsichtlich der Leistungsfähigkeit ein zentrales Ausgangskriterium.

Tabelle-2: Leistungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten
BIP pro Kopf in 2009

	BIP in Mrd. €	Bev. in Mio	BIP je Kopf in EUR
Luxemburg	38	0,5	76.000
Irland	160	4,5	35.556
Niederlande	572	16,6	34.458
Österreich	274	8,4	32.619
Finnland	171	5,4	31.667
Belgien	339	10,8	31.389
Frankreich	1.907	64,7	29.474
Deutschland	2.397	81,8	29.303
Italien	1.521	60,3	25.224
Spanien	1.054	46	22.913
Zypern	17	0,8	21.250
Griechenland	233	11,3	20.619
Slowenien	35	2	17.500
Portugal	168	10,6	15.849
Malta	6	0,4	15.000
Slowakei	63	5,4	11.667

Quelle: Eurostat

Beim Einkommen pro Kopf ist Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten abgestürzt. Tabelle-2 belegt: Es steht heute nur noch auf Platz 8 der Euro-Währungsunion – im Grenzbereich zu den Südländern.

Bedient wird mit der Absolut-Argumentation lediglich die Sichtweise von Global Financial Capital. Für GFC spielt das Gerechtigkeitskriterium (Leistungsfähigkeit pro Kopf) keine Rolle. Gleichgültig wo das Geld herkommt, Hauptsache es fließt. Und hier wecken die absoluten Summen der größten Volkswirtschaft natürlich Begehrlichkeit. Hat man in dieser Umverteilungsdebatte schon jemals von Luxemburg, als reichstem Land Europas, gehört? Sein cash flow für die TransferUnion? Zählt nicht, zu klein. Erklärt sich so der lautstarke Auftritt Jean-Claude Junckers in diesen Debatten?

Argument-2: Deutschland ist wegen seiner Exporte besonders belastungsfähig

Deutschland hat als größte Volkswirtschaft auch das höchste Exportvolumen der Mitgliedsländer der Euro-Zone: 978,8 Mrd. EUR in 2009. Diese beachtliche Größenordnung wird ebenfalls benutzt, um Deutschlands Zahlungsbereitschaft dauerhaft sicherzustellen.

Ganz vorne profilierte sich Frankreichs Wirtschaftsministerin, Christine Lagarde, mit ihrer Kritik an der „deutschen Vormachtstellung“ beim Export. Länder wie Frankreich, Italien und Griechenland fühlten sich benachteiligt - weil sie angeblich mit deutschen Exportprodukten überschwemmt würden (Spiegel-online Wirtschaft vom 17. 3. 2010).

Auf diesem Felde geht es noch simpler zu als bei der Argumentation-1. Hier wird nicht nur mit absoluten Größenordnungen gespielt, hier werden zudem zwingende Gegenbuchungen unter den Tisch fallen gelassen. Zwei Richtigstellungen sind unumgänglich.

Richtigstellung-1:

Richtig ist natürlich, dass ein Exportvolumen von 979 Mrd. € ein wichtiger Generator deutscher Arbeitsplätze ist. Aber diesen Exporten stehen Importe gegenüber, die entsprechende Arbeitsplätze im Ausland generieren. Und, es ist ja nur folgerichtig: Deutschland hat als größte Volkswirtschaft auch das höchste Importvolumen in der Euro-Zone: 860,3 Mrd. EUR in 2009.

Für diese Diskussion wäre also überhaupt nur der Saldo zwischen Exporten und Importen heranzuziehen. Und dabei verbleibt dann als Überschuss in der deutschen Handelsbilanz eine ganz andere Größenordnung, nämlich nur noch 118,5 Mrd. EUR.

Tabelle-3: Importe nicht vergessen - Deutschlands Exportüberschuss 2009
(in Mrd. €)

Exporte	978,8
Importe	860,3
Exportüberschuss	118,5

Quelle: Bundesbank, Monatsbericht von November 2010, S. 61*

Richtigstellung-2:

Dieser Exportüberschuss von 118,5 Mrd. € wird nun dem deutschen Publikum als schwer wiegend dargestellt.

Paul Krugman, US Nobelpreisträger, hat im Zusammenhang mit der Krise der Euro-Zone mehrfach auf globaler Ebene die deutsche Exportwirtschaft scharf kritisiert. Diese habe sich eine ‚unlautere‘ Position verschafft. Der Bundesrepublik drohte er gar mit Sanktionen - wegen zu hoher Exporte.

Da stellt sich doch die Frage, wie hoch denn nun eigentlich diese Überschüsse sind.

Eine erste Einschätzung hat der SPIEGEL vorgenommen:

Im Bericht über ein Interview in der Financial Times zitiert der SPIEGEL die französische Wirtschaftsministerin, Lagarde, mit der Kritik, der große Handelsüberschuss Deutschlands gefährde die Wettbewerbsfähigkeit anderer Staaten der Euro-Zone. Der SPIEGEL fährt fort: „Deutschland erwirtschaftet fast 50 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts mit Ausfuhren“ (Spiegel-online 15. 3. 2010).

Eine zweite Einschätzung findet sich in der FAZ: „Die Frage, was der Erhalt des Euro kosten darf, ist zu einer der schwierigsten Güterabwägungen geworden, die je eine Bundesregierung zu treffen hatte“. An Exporten und Importen hängen Millionen Arbeitsplätze, „denn auf den (gesamten) Außenhandel entfallen inzwischen drei Viertel der deutschen Wirtschaftsleistung. Wenige Länder profitieren so vom Binnenmarkt wie Deutschland“ (Nikolas Busse, „Was auf dem Spiele steht“; FAZ v. 29.11.10).

50 % oder 75 % ? Ja, was nun?

Unangefochtenes Basiswissen der Volkswirtschaftslehre ist, dass sich das gesamte Inlandsprodukt (BIP) aus vier Aggregaten zusammensetzt:

- Private Konsumausgaben
- + Staatliche Konsumausgaben
- + Investitionen
- + Außenbeitrag (= Exportüberschuss, also Exporte *minus* Importe)

Diese vier Aggregate betragen im letzten Jahr:

Tabelle 4: Exportüberschuss ist kleinstes Aggregat

Bruttoinlandsprodukt 2009
(in jeweiligen Preisen)

	Mrd. €	Anteile in %
Konsum Private	1.411,1	58,9
Konsum Staat	472,1	19,7
Investitionen	395,4	16,5
Exportüberschüsse	118,5	4,9
BIP	2.397,1	100,0

Quelle: Dt. Bundesbank, Monatsbericht November 2010, S. 61*

Die Exportüberschüsse sind also mit Abstand der kleinste Teil des Inlandsprodukts; sie tragen schon gar nicht 75, aber auch nicht 50, sondern gerade einmal 4,9 Prozent zum BIP bei. Und das ist kein statistischer Ausreißer, sondern eine langfristige Größenordnung.

(Wie kann man auf 75 % kommen? Ganz simpel: Man nehme Exporte, *addiere* die Importe und setze sie in Beziehung zum BIP. Alle in Afrika geernteten und hier verkauften Bananen sind dann deutsche Wirtschaftsleistung. So kann man seine Leser schnell reich rechnen).

Es geht hier nicht etwa darum, Exporte klein zu rechnen. Jeder weiß, welche Bedeutung diese für die deutsche Volkswirtschaft haben. Es geht alleine um eine richtige Gewichtung. Es geht darum, den Missbrauch dieses Aggregates für die Vorbereitung eines weiteren Abgreifens der deutschen Bürgerinnen und Bürger abzuwehren.

Nachtrag:

Es geht hier auch nicht darum, das Problem von Handelsungleichgewichten zu ignorieren. Aber so viel:

Kauft ein Frankfurter in Ingolstadt einen Audi, dann ist das in der bayerischen Handelsbilanz ein Export und in der hessischen ein Import. Davon spricht aber niemand mehr. Genau so aber ist dies heute auch in Europa. Im Gemeinsamen Markt ist der Verkauf eines Trumpf-Laserschneiders in Bologna kein Export mehr, sondern Binnenumsatz.

Jeder konnte von Anfang an wissen, was im Common Market passieren würde. Der jetzt inszenierte unhistorische Rückfall ins Nationale ist durchsichtig. Dieses Problem wird allein hochgezogen, um die deutsche Zahlungsbereitschaft nicht erlahmen zu lassen. Joschka Fischers „Solidaritätsgemeinschaft“ ? Solidarität der deutschen Steuerzahler mit Global Financial Capital?

Ungleichgewichte muss man durchaus diskutieren. Sie sind ein globales Problem. China, Japan, EU, USA. Das ist zwar ein weiteres Thema, aber kein spezifisch deutsches.

III. FAZIT

Seit sechs Jahrzehnten wird Deutschland zur Ader gelassen.

Jetzt wird an einem neuen Zahlungsmodell gearbeitet, das uns schlecht bekommen wird: Die Umformung der EU in eine TransferUnion.

Deutschland wird als größte Volkswirtschaft in der Euro-Zone eine besondere Zahlkraft zugesprochen. Wir haben zwar das größte Inlandsprodukt, aber wie viele Menschen sich dieses teilen müssen, wird geflissentlich übersehen. Beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf aber stehen wir inzwischen nur noch auf einem Mittelplatz - im Grenzbereich zu den Südländern.

Deutschland hat überdies als größte Volkswirtschaft natürlich auch das höchste absolute Exportvolumen der Mitgliedsländer. Das stößt auf besonders harte Kritik. Dass es überhaupt nur um den Saldo zwischen Exporten und Importen gehen kann, auch das wird oft unter den Teppich gekehrt.

Dieser Exportüberschuss wird zudem grotesk überschätzt. Richtig hingegen ist, dass er mit Abstand den kleinste Teil des Inlandsprodukts ausmacht; er trägt schon gar nicht 75, auch nicht 50, sondern gerade einmal 4,9 Prozent zum BIP bei.

Die Hinweise auf die Größe der deutschen Volkswirtschaft und ihre hohen Exporte ist allein auf den Zweck gerichtet, neue Zahlungen der Deutschen sicherzustellen.

Wir haben es jedoch bei der Euro-Zone mit einem völkerrechtlich geformten Gebilde zu tun, dem ein Finanzausgleich vertraglich untersagt ist: No bail out.

So lange EU wie Euro-Zone nicht auf einer demokratischen Verfassung ruhen, so lange darf es keinen Finanzausgleich geben. Das schließt das Grundgesetz aus.

Was mit Griechenland und Irland begonnen hat, läuft auf einen europäischen Dominoeffekt hinaus. Thomas Mayer, Chefvolkswirt der Deutschen Bank:

„Es kann sich nicht jeder an Deutschland anlehnen, dann fallen auch wir“.